

Windjammer kritisiert Gründauer Politik

Unterlassungsverträge mit Constantia Forst werfen Fragen auf / Bürgermeister fordert Pläne an

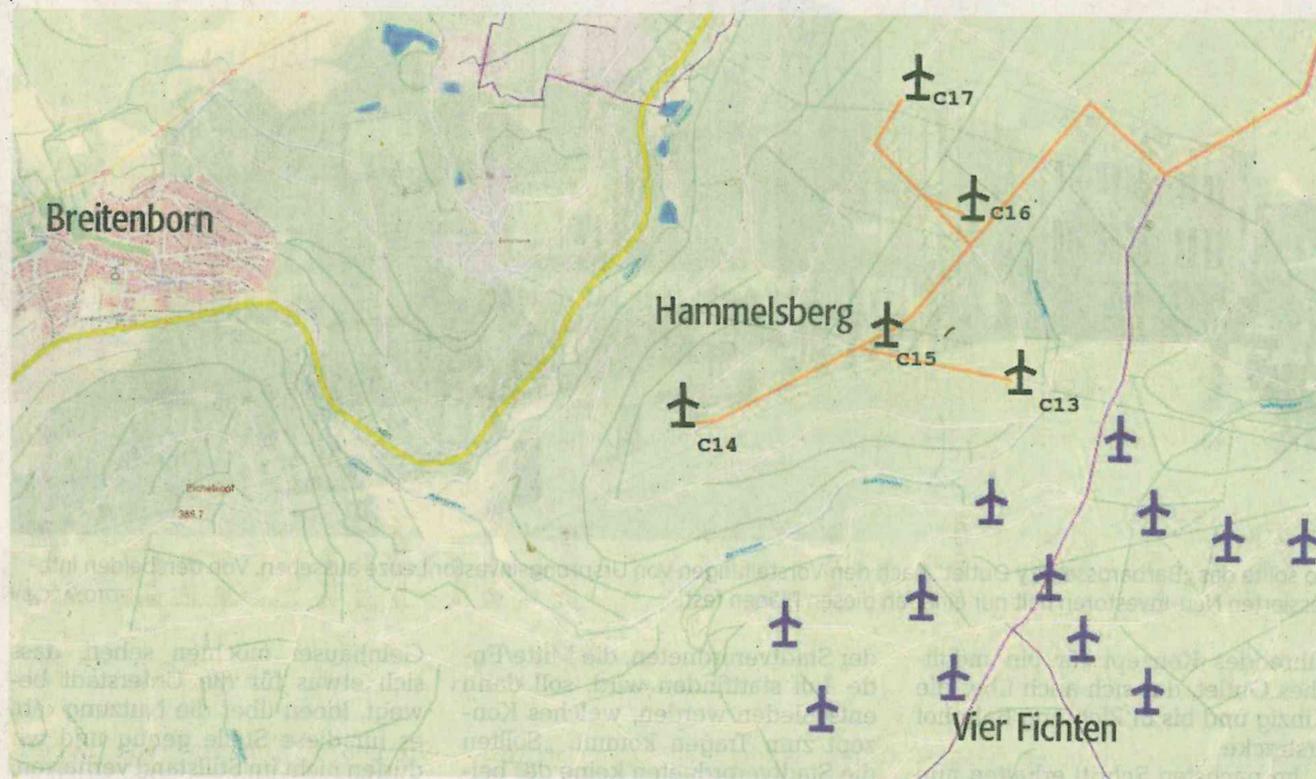
Von Martin Krauß

Gründau. Mögliche neue Windräder sorgen für Unzufriedenheit in Gründau. Am Montagabend stehen Unterlassungsverträge zwischen der Gemeinde und Constantia Forst zur Abstimmung im Parlament an, um weitere Anlagen zu verhindern. Der Verein Windjammer kritisiert, dass mit einer Zustimmung weder eine Rechtssicherheit für weitere Vorhaben noch ein Baustopp auf dem „Hammelsberg“ östlich von und in unmittelbarer Nähe zu Breitenborn gewährleistet werde. Nach Meinung der Windkraftkritiker werden dadurch die Grundsatzbeschlüsse zu „keiner weiteren Windkraft in Gründau“ untergraben. Zudem werfe der Vertragsentwurf unterschiedliche Fragen auf, die mittlerweile auch die Gemeindevertreter verunsichern.

Die Unterlassungsverträge, die die Gemeinde Gründau mit Constantia Forst GmbH eingehen will und über die das Parlament am Montag abstimmen soll, werden vom Verein Windjammer heftig kritisiert. „Wir fragen uns, ob den Ausschussmitgliedern bei ihrer Abstimmung am 7. Juni alle neu geplanten Standorte der Windkraftanlagen bekannt waren“, hinterfragt Windjammer. In den vergangenen ein- einhalb Jahren wurden die Verträge nach dem erneut bekräftigten Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung vom Februar 2017 zu „keiner weiteren Windkraft in Gründau“ erstellt. Die Vertragstexte liegen nun vor. Am 7. Juni hatte sich in einer gemeinsamen Sitzung bereits der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Umweltausschuss mit der Vorlage beschäftigt und sie dem Parlament für Montag einstimmig zur Annahme empfohlen (die GNZ berichtete).

Vor allem der Unterlassungsvertrag zum Bereich „Hammelsberg“ östlich von Breitenborn wird von Windjammer jedoch scharf kritisiert, da dieser den Bau von maximal fünf neuen Anlagen von bis zu 240 Metern Höhe durch die Firma Renertec einräumt. Sollten die derzeitigen Pläne von Renertec umgesetzt werden, könne das nächstgelegene Windrad im Abstand von gerade einmal 1,7 bis 1,9 Kilometer zu Breitenborn gebaut werden. Dadurch wären vor allem Breitenborn, Gettenbach und Hain-Gründau durch eine „drastisch steigende“ Lärmbelastung und die Zerstörung der heimischen Natur beeinträchtigt, kritisiert Windjammer.

„Wir sind nicht prinzipiell gegen Unterlassungsverträge“, betont



Die in Planung befindlichen Windräder auf dem „Hammelsberg“ bei Breitenborn (schwarz) werden von Windjammer abgelehnt und würden nördlich des bestehenden Windparks „Vier Fichten“ (blau) entstehen.

REPRO: GNZ

Vereinsvorsitzende Sandra Emmel im Gespräch mit der GNZ. Jedoch würde die vertragliche Möglichkeit zum Bau der Anlagen die Grundsatzbeschlüsse untergraben. Für Emmel und Windjammer stellt sich die Frage, seit wann die fünf Anlagen geplant werden und seit wann die Verwaltung davon weiß. Und: „Warum werden Unterlassungsverträge geschlossen, wenn sie bereits Ausnahmen ermöglichen?“ Zudem wirft die einstige Bürgerinitiative den Verantwortlichen vor, die Planungen nicht öffentlich gemacht zu haben. Sollten die Gemeindevertreter am Montag dem Vertrag zustimmen, befürchtet der Verein, dass damit eine negative Stellungnahme zu den geplanten Anlagen auf dem „Hammelsberg“ ausgeschlossen ist und somit eine Bewilligung wahrscheinlicher wird. Darüber hinaus biete das nun vorliegende Vertragswerk „keine 100-prozentige Rechtssicherheit“ vor einem weiteren Ausbau der Windenergie in Gründau.

Windjammer: Verträge bieten keine Rechtssicherheit

Konkret stören sich die Windkraftkritiker daran, dass der Vertrag, der der GNZ vorliegt, aus „wichtigen Gründen“ und im „gegenseitigen Einvernehmen“ gekündigt werden kann. „Meiner Meinung nach haben Sonderkündigungsrechte in einem solchen Unterlassungsvertrag nichts zu suchen, da er sonst überflüssig ist“, sagt Emmel. Zudem sei zu kritisieren, dass

Constantia sich nach Meinung von Windjammer in einem entscheidenden Punkt gegen die Interessen der Gemeinde durchgesetzt habe: „Warum gibt es keine grundbuchliche Absicherung? Das war von Anfang an von der Gemeinde gewünscht worden.“ Eine Pacht des Waldes durch die Gemeinde sei nach Ansicht des Vereins von Anfang an angedacht gewesen. Auch in diesem Punkt habe sich Constantia auf Kosten der Gründauer durchgesetzt. „Könnte die Gemeinde als Pächter selbstständig über die Flächen verfügen, wären auch Unterlassungsverträge nicht nötig“, sagt Emmel.

Am Donnerstagabend nutzte Matthias Springer (SPD), Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, die Möglichkeit, in der gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss (siehe untenstehenden Artikel) nachzufragen: „Am Montag haben wir uns in der Fraktion gefragt, wo eigentlich die fünf Windenergie-Anlagen auf dem ‚Hammelsberg‘ gebaut werden sollen und ob mit dem Unterlassungsvertrag nicht auch die Möglichkeit zum Bau von weiteren Anlagen besteht?“ Er hätte sich, wie auch andere Parlamentarier, genauere Informationen gewünscht und forderte Bürgermeister Gerald Helfrich (parteilos) auf, die Unterlagen bis Montagabend zu ergänzen. Helfrich erklärte, dass außer den fünf in Planung befindlichen Anlagen durch den Unterlassungsvertrag weitere ausgeschlossen seien und zu den Planungen von Renertec bis dato keine weiteren Informationen

vorlägen. Dennoch versprach der Bürgermeister, dem Wunsch nachzukommen.

Bürgermeister reagiert auf Kritik

„Renertec hat uns erst heute Morgen die aktuellen Pläne zukommen lassen“, informierte Helfrich gestern auf Anfrage der GNZ. Darin sind auch die Gemarkung, der Flur und das Flurstück der fünf einzelnen Anlagen aufgeschlüsselt. Die Pläne gleichen denen, die der GNZ seit Ende März vorliegen. Die Informationen sollen den Gemeindevertretern bis Montag als Anlage zum „Hammelsberg“ angefügt werden. Es sei gut gewesen, dass sowohl Windjammer als auch Matthias Springer das Thema zur Sprache brächten, damit Klarheit für die Parlamentarier, aber auch für die Gemeinde herrsche, so Helfrich. „Es ist Konsens, dass durch eine Bewilligung des Unterlassungsvertrages eine negative Stellungnahme zu den fünf Anlagen nicht mehr abgegeben werden soll“, informierte der Bürgermeister, schloss eine solche jedoch nicht aus und fügte hinzu: „Eine negative Stellungnahme könnte ein solches Bauvorhaben voraussichtlich nicht verhindern.“

Im Januar 2017 sei die Gemeinde über die Planungen von fünf Anlagen auf dem „Hammelsberg“ von Renertec informiert worden. Daraufhin habe die Verwaltung auch die Gemeindevertreter informiert,

die wiederum in ihrer Sitzung am 6. Februar 2017 ihren Grundsatzbeschluss „Keine weitere Windkraft in Gründau“ bekräftigt hatten. „Vier der geplanten Windräder würden nach jetzigem Planungsstand außerhalb der Windvorrangflächen entstehen“, bestätigte Helfrich. Das sei möglich, da die Anlagen derzeit noch überall und somit auch außerhalb von Vorrangflächen entstehen könnten. „Eine Entscheidung, welche Flächen wie ausgewiesen werden, wird die Landesregierung wahrscheinlich erst nach der Wahl am 28. Oktober treffen“, zeigte sich der Bürgermeister überzeugt. Deshalb seien die Unterlassungsverträge so wichtig für Gründau.

„Es wäre auch in unserem Interesse gewesen, eine grundbuchliche Absicherung zu haben“, antwortete der Rathauschef auf die Kritik von Windjammer. Doch sei Constantia dazu nicht bereit gewesen. Dennoch sei die rechtliche Absicherung für Gründau gegeben. Die Unterlassungsverträge sehen Vertragsstrafen in Höhe der Jahreseinnahmen durch Pacht vor. „Eine Strafe würde richtig weh tun“, sagte der Bürgermeister und fügt an: „Wir als Gemeinde sind mit dieser Regelung zufrieden.“ Gründau erhofft sich, mit einer Zustimmung zu den Unterlassungsverträgen Sicherheit für die Bevölkerung und deren Lebensumfeld vor allem in Breitenborn, Hain-Gründau, Gettenbach, Mittel-Gründau und Niedergründau für die kommenden 25 Jahre zu schaffen. „Damit wird der Wille der Gemeinde und des Eigentümers Constantia Forst vertraglich festgehalten, keine weiteren Windkraftanlagen in Gründau zu ermöglichen“, sagte Helfrich und verwies auf die noch ausstehende Entscheidung der Landesregierung zur Ausweisung weiterer Windvorrangflächen.

Ursprünglich habe die Gemeinde einen Vertrag für alle Flächen geplant, um sich abzusichern. „Wir haben uns dazu entschlossen, Einzelverträge zu erstellen, um für mehr Übersicht und mehr Transparenz zu sorgen“, betonte der Bürgermeister. Das Kündigungsrecht aus „wichtigen Gründen“ sei für beide Seiten relevant und durchaus üblich in Verträgen. „Mit einer Annahme von Seiten des Parlaments hätten wir das Optimum für Gründau erreicht“, sagte Bürgermeister Gerald Helfrich abschließend.

Windjammer kündigte an, weiter gegen die fünf in Planung befindlichen Windräder kämpfen zu wollen. Für Montag ruft der Verein zu einer Kundgebung vor der Parlamentsitzung auf. Beginn ist um 19.15 Uhr vor dem Rathaus in Lieblos.